

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Kassner, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/7120 –

Nationale Tourismusstrategie sozial-ökologisch gestalten

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE. plädiert in ihrem Antrag für eine sozial-ökonomische Ausgestaltung der von der Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag vorgesehenen nationalen Tourismusstrategie. Die Antragsteller befürchten, dass sich die Bundesregierung dabei unkritisch den Erfordernissen der Tourismuswirtschaft unterwirft und soziale Verbesserung vermeidet und negative Umweltauswirkungen ignoriert. Für die im Tourismus Beschäftigten, für Menschen mit geringem Einkommen und für den sozialen Frieden bestehe dringender Handlungsbedarf.

Die gegenwärtige Einkommens- und Beschäftigungssituation der fast drei Millionen Beschäftigten im Tourismusgewerbe habe zur Folge, dass seit Jahren die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge rückläufig und die Abbruchquote hoch sei. Eine nationale Tourismusstrategie müsse als Ziel weiterhin die Barrierefreiheit in der gesamten touristischen Leistungskette beinhalten, damit Menschen mit Behinderungen und gesundheitlichen Einschränkungen oder geringem Einkommen reisen könnten. Viele Kinder hätten ihre Heimatregion aus sozialen Gründen noch nie verlassen. Darüber hinaus müsse der Tourismusplan den Umweltschutz beachten und das Umweltbewusstsein fördern, insbesondere vor dem Hintergrund des Verlustes der Biodiversität und der Zersiedelung der Landschaften.

Die Antragsteller fordern daher u.a., dass die Bundesregierung in ihrer nationalen Tourismusstrategie Kinder- und Jugendreisen, Reisen für Familien mit Kindern und barrierefreies Reisen unter dem Aspekt des umweltfreundlichen „Reisens für Alle“ organisatorisch und finanziell unterstützt. Weiter soll mit Blick auf den Fachkräftemangel in der Tourismuswirtschaft der gesetzliche Mindestlohn auf mindestens 12 Euro pro Stunde erhöht werden und im Hinblick auf die Umweltentwicklung des Tourismus eine Strategie für mehr Umweltschutz und weniger Flächenabbau entwickelt werden.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/7120 abzulehnen.

Berlin, den 13. Februar 2019

Der Ausschuss für Tourismus

Sebastian Münzenmaier
Vorsitzender

Paul Lehrieder
Berichterstatter

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Sebastian Münzenmaier
Berichterstatter

Dr. Marcel Klinge
Berichterstatter

Kerstin Kassner
Berichterstatterin

Markus Tressel
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Paul Lehrieder, Gabriele Hiller-Ohm, Sebastian Münzenmaier, Dr. Marcel Klinge, Kerstin Kassner und Markus Tressel

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/7120** in seiner 77. Sitzung am 31. Januar 2019 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung des Ausschuss für Tourismus, zur Mitberatung den Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. plädiert mit dem vorgelegten Antrag für eine "sozial-ökologische" Ausgestaltung der von der Bundesregierung ins Auge gefassten "nationalen Tourismusstrategie". Dazu verlangt sie bessere Arbeitsbedingungen für die fast drei Millionen Beschäftigten im Tourismusgewerbe sowie mehr staatliche Hilfen, um einkommensschwachen Familien und Kindern Ferienreisen und Klassenfahrten zu ermöglichen.

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, einen solchen "ganzheitlichen wirtschaftspolitischen" Leitfaden für die Reiseverkehrsbranche zu entwickeln. Die Antragsteller finden, dass es dafür höchste Zeit ist, sehen das Vorhaben aber gefährdet, weil die Bundesregierung bisher keine Vorschläge unterbreitet habe. Sie bemängeln überdies, dass nach ihrem Eindruck die Formulierung im Koalitionsvertrag sich ausschließlich an der Maßgabe orientiere, das wirtschaftliche Wachstum zu unterstützen. Zu befürchten sei, "dass sich die Bundesregierung unkritisch den Erfordernissen der Tourismuswirtschaft unterwirft", dass sie "soziale Verbesserungen" vermeide und "negative Umweltauswirkungen" ignoriere.

Die Antragsteller beklagen die prekäre Lage vieler Beschäftigter im Tourismussektor als eine der Hauptursachen des Fachkräftemangels. Seit Jahren sei die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge rückläufig und die Abbruchquote hoch. Das habe auch damit zu tun, dass Leiharbeit, Niedriglöhne, befristete Beschäftigung sowie "Saisonpendeln" in der Branche weit verbreitet seien. In diesem Zusammenhang erneuert die Linke ihre Forderung, die gesetzliche Lohnuntergrenze auf mindesten zwölf Euro in der Stunde anzuheben, sachgrundlose Befristungen zu verbieten sowie Leiharbeit mit dem Ziel eines späteren Verbots zunächst "strikt zu begrenzen".

"Barrierefreiheit in der gesamten touristischen Kette" ist ein weiterer Punkt, auf den es den Antragstellern ankommt, um sowohl Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen als auch Geringverdienern mehr Urlaubsreisen zu ermöglichen. Viele Kinder hätten aus sozialen Gründen ihre Heimatregion noch nie verlassen. Erforderlich seien bundeseinheitliche Kriterien für Schul- und Kindergartenfahrten. Kinder- und Jugendreisen sowie Reisen für Familien seien finanziell und organisatorisch zu unterstützen. Ebenso mahnen die Antragsteller eine "Strategie für mehr Umweltschutz und weniger Flächenverbrauch" an.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 31. Sitzung am 13. Februar 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 35. Sitzung am 13. Februar 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 19. Sitzung am 13. Februar 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 19. Sitzung am 13. März 2019 beraten und abschließend mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP abgelehnt gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Enthaltung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Fraktion der CDU/CSU** machte deutlich, dass bereits im Koalitionsvertrag mehr als nur wirtschaftliche Aspekte für eine Tourismusstrategie genannt worden seien, u.a. auch eine Fachkräfteoffensive mit der Branche und Barrierefreiheit. Der im Ausschuss vorgestellte und erörterte Entwurf des Rahmens der Tourismusstrategie mache deutlich, dass diese durchaus umwelt- und sozialpolitische Handlungsfelder im Auge habe. So werde festgestellt, dass zur Teilhabe aller am Tourismus auch das Bemühen zähle, Kindern und Jugendlichen unabhängig von wirtschaftlichen und sozialen Umständen die Teilnahme am Reisen zu ermöglichen. Gesetzliche Regelungen für Kindergarten- und Schulfahrten bedeute aber eine Einmischung in die Zuständigkeit der Bundesländer. Die arbeitsmarktpolitischen Forderungen, insbesondere die Anhebung des Mindestlohnes auf 12 Euro sei nicht zielführend, denn sie koste Arbeitsplätze in der Tourismusbranche. Die Tourismuswirtschaft, insbesondere das Hotel- und Gaststättengewerbe, brauche vielmehr eine Flexibilisierung der täglichen Arbeitszeit bzw. der Wochenarbeitszeit. Der Antrag sei daher abzulehnen, da dieser Forderungen enthalte, die in die falsche Richtung gingen bzw. solche, die schon im vorliegenden Rahmenplan zur nationalen Tourismusstrategie aufgegriffen worden seien.

Die **Fraktion der SPD** begrüßte es, dass sich DIE LINKE. des Themas angenommen habe, auch wenn die gestellten Forderungen etwas knapp erschienen. Bei Kinder- und Jugendreisen sei zu sehen, dass die Bundesregierung über das Bildungs- und Teilhabepaket schon deutliche Verbesserungen für Klassenfahrten angeschoben habe. Mit dieser Maßnahme könnten mehr Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Elternhäusern reisen und es sei zu wünschen, dass diese Möglichkeit noch mehr in Anspruch genommen werde. Interessant sei auch der Ansatz bundeseinheitliche Kriterien zu schaffen, wobei dies aber auf den Widerstand der Bundesländer stoßen dürfte. Die SPD-Fraktion begrüße ebenfalls einen Mindestlohn von 12 Euro, der in dieser Koalition aller Voraussicht nach aber nicht durchzusetzen sei. Neben den Forderungen nach einem höheren Mindestlohn müsse man sich aber auch Gedanken machen über eine bessere Ausbildung im Tourismus, eine höhere Ausbildungsvergütung und wie die berufliche Bildung im ländlichen Raum gestärkt werden könne. In den Berufen der Tourismusbranche werde die Ausbildung oft abgebrochen, auch wegen der langen Wege zur Berufsschule. Hier seien Mobilitätshilfen, betriebsnahe Unterkunftsmöglichkeiten oder Kooperationen von Betrieben, Schulen und Kommunen gefragt.

Die **Fraktion der AfD** fand es gut, dass Bewegung in den Diskussions- und Denkprozess um die nationale Tourismusstrategie komme, schließlich gebe es regen Diskussions- und akuten Handlungsbedarf. Zwar seien Kinder- und Jugendreisen wichtig, aber zu einer guten Strategie gehöre auch eine schlüssige Schwerpunktsetzung. Bei einer volkswirtschaftlich bedeutenden Branche mit drei Millionen Arbeitsplätzen und einer direkten Bruttowertschöpfung von 105 Milliarden Euro müsse sich eine Tourismusstrategie auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Steuerpolitik, beim Arbeitsrecht, Verbraucherschutz oder Bürokratieabbau konzentrieren. Die Fraktion spreche sich dafür aus, dass sich Ausschuss und Bundesregierung gemeinsam diesen Inhalten widmeten, denn dies seien die Dinge, die die Branche wirklich umtrieben und daneben seien Klassen- und Kindergartenabschlussfahrten allenfalls ein Randaspekt.

Die **Fraktion der FDP** plädierte dafür, sich bei der nationalen Tourismusstrategie auf die Herausforderungen zu konzentrieren, die die Tourismuswirtschaft am meisten beschäftigte. Die Forderungen der Fraktion DIE LINKE. seien zwar auch wichtig, für eine nationale Strategie aber zu kleinteilig. Aus Sicht der FDP-Fraktion gelte es, Rahmenbedingungen für drei Schwerpunkte zu gestalten. Der Fachkräftemangel sei ein Problem, der für viele Betriebe bereits zum Existenzrisiko geworden sei. Hier müssten gemeinsam mit der Wirtschaft Wege aus der Krise gefunden werden. Führe man sich vor Augen, wie wenig Betriebe überhaupt online buchbar seien, dann sei

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

klar, dass eine nationale Tourismusstrategie auch eine Antwort auf die mangelhafte Digitalisierung in der Tourismusbranche finden müsse. Dritter Schwerpunkt sei schließlich das Thema Bürokratie. Deutschland sei an einem Punkt angelangt, an dem Bürokratie gerade kleine und mittlere Unternehmen behindere und das sei auch einer der Hauptgründe, warum in diesen Betrieben die Nachfolge so schwierig sei. Auch das Thema Mindestlohn sei sehr problematisch, denn zu den geforderten 12 Euro käme schließlich noch der Arbeitgeberanteil hinzu. Damit läge man in einem Bereich von ca. 15 Euro, der von kleinen Betrieben nicht mehr gezahlt werden könne. Solche Forderungen führten zu einem politischen Überbietungswettbewerb und im Ergebnis verschlimmere sich das Fachkräfteproblem durch solche Forderungen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** hob hervor, dass die Themen des Antrags Anregungen für die Erarbeitung der nationalen Tourismusstrategie sein sollen. Eines der wichtigsten Themen der Branche sei der Fachkräftemangel und um diesen zu beheben brauche es nun einmal vernünftige Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung, um die Branche zukunftsfähig zu machen. Dienstleistung in der Tourismuswirtschaft ließe sich nicht durch Roboter erledigen, sondern dafür seien Menschen notwendig.

Es sei zwar nicht zu leugnen, dass Kinder und Jugendliche heutzutage mehr als früher reisen könnten, aber man müsse zur Kenntnis nehmen, dass nicht jedes Kind diese Möglichkeit habe. Es sei aber der Anspruch der Fraktion **DIE LINKE.**, jedem Kind Reisen zu ermöglichen, am besten in Verbindung mit einem Bildungsangebot. Reisen bilde und gehöre zum Lernen, das nicht erst in der Schule, sondern vom ersten Tag des Lebens an und deshalb auch im Kindergarten stattfinde. Teil der Bildung sei auch die Umweltbildung, die selbstverständlich in ein solches Konzept mit hinein gehöre. Insgesamt gehe es also darum, sozial-ökologische Aspekte mitzudenken und nicht nur die wirtschaftspolitischen Ansätze im Auge zu haben.

Eine sozial-ökologische Ausrichtung der nationalen Tourismusstrategie ist aus Sicht der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unabdingbar. Allerdings wolle die Fraktion keine politische Festlegung des Mindestlohns. Die Bündnisgrünen seien sich einig, dass über den Mindestlohn, wie im Mindestlohngesetz vorgesehen, die Mindestlohnkommission entscheiden solle. Es sei richtig, dass zu guten Arbeitsbedingungen auch eine gute Bezahlung gehöre, nur bedeute eine Zustimmung zum Antrag auch eine politische Festlegung in Bezug auf den Mindestlohn. Obwohl die übrigen Anliegen richtig seien, müsse man sich bei der Abstimmung über den Antrag enthalten.

Berlin, den 13. Februar 2019

Paul Lehrieder
Berichterstatte

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatte

Sebastian Münzenmaier
Berichterstatte

Dr. Marcel Klinge
Berichterstatte

Kerstin Kassner
Berichterstatte

Markus Tressel
Berichterstatte

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.